



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der CDU-Fraktion
hier: Barrierefreier Umbau von Haltestellen zum Nulltarif

Beratungsfolge:

03.11.2021 Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität

Beschlussvorschlag:

1. Bericht der Verwaltung
 - Aktueller Sachstand 2022
 - mögliche maximale Kapazitäten für weitere Umrüstungen auf Basis einer 100 prozentigen Kostenübernahme durch den VRR bis Ende 2024
2. Aussprache & Diskussion
3. Der Beschlussvorschlag erfolgt auf Basis der gelieferten Daten.

Kurzfassung

entfällt.

Begründung

siehe Anlage.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☐

sind nicht betroffen

☒

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

Neben einem niveaugleichen Einstieg, die ein Betreten von Bussen auf einer Ebene ermöglicht, wird auch die Nutzung des ÖPNV für sehbeeinträchtigte Personen verbessert.

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒

positive Auswirkungen (+)

☐

keine Auswirkungen (o)

☐

negative Auswirkungen (-)

Kurzerläuterung und ggf. Optimierungsmöglichkeiten:

Der Reiz zur Nutzung des ÖPNV's würde erhöht.

**CDU**

Ratsfraktion Hagen

Antrag für die Sitzung des UWA am 03.11.2021

Barrierefreier Umbau von Haltestellen zum Nulltarif

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Ludwig,

gemäß § 6 (1) der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 7. Nachtrages vom 21. April 2020 beantragen wir für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität den oben genannten Tagesordnungspunkt.

1. Bericht der Verwaltung

- **Aktueller Sachstand 2022**
- **mögliche maximale Kapazitäten für weitere Umrüstungen auf Basis einer 100 prozentigen Kostenübernahme durch den VRR bis Ende 2024**

2. Aussprache & Diskussion

3. Der Beschlussvorschlag erfolgt auf Basis der gelieferten Daten.

Begründung:

Gemäß § 8 Abs. 3 Personenbeförderungsgesetz besteht eigentlich die Pflicht bis zum 01.01.2022 sämtliche Haltestellen barrierefrei umzubauen. Dieses Ziel wird in Hagen – wie in vielen Kommunen – bei weitem nicht vollständig erreicht. Einer der Gründe ist der kommunale Eigenanteil von fünf Prozent für den Umbau. Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr hat deshalb die Initiative ergriffen und bietet nun allen Kommunen an, die jeweiligen Eigenanteile selbst zu übernehmen. Dadurch gibt es die Haltestellen theoretisch zum Nulltarif.

Selbstverständlich anerkennen die Antragsteller, dass die Kapazitäten für Planung, Ausschreibung und Bau der Haltestellen der gewünschten Umsetzungsgeschwindigkeit weiterhin Grenzen setzen werden. Darüber betrachten die Antragsteller auch die Bewältigung der Flutfolgen als prioritäre Aufgabe. Dennoch sollte es gelingen, die bisher geplante Zahl von 32 umzubauenden Haltestellen im Jahr 2022 deutlich zu erhöhen. Die Antragsteller bitten deshalb um eine Einschätzung, um welchen Faktor sich die Geschwindigkeit bei der Umsetzung noch realistisch erhöhen ließe. Idealerweise werden bis Ende 2024 alle noch ausstehenden Haltestellen barrierefrei umgerüstet.

Mit der Bitte um weitere Veranlassung und freundlichen Grüßen verbleiben

Rainer Voigt
Fraktionssprecher

F.d.R. Alexander M. Böhm
Geschäftsführer